

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnement: 1,50 M. pro Quartal
bei jeder Bestellung mit dem Betrag 1 M.

Verwaltung und Geschäftsstelle:
Hamburg 18, Miller, Seefelds Str. 10
Telefon: Nord 6246

Postkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11508

Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölfhundert Millionen deutscher Männer und Frauen haben im März 1926 den Volksentscheid die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Mit dieser gewaltigen Willens- und Tatleistung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Gesetzgebung in einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung ergriffen. Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung durch das Volk am 20. Juni 1926 den Namen "Volksentscheid" trägt.

Volksrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung vorausbeschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutscher Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von harten Unterhaltungen leben müssen, in einer Zeit, in der Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegerbintenernen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutscher Frauen und Mütter ihre Männer und Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen andern Weg, ihre Lebensnot zu lindern, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den Staat zu stellen.

Ihre Vaterlandsliebe

Rein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhaßte Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederherstellung der alten Fürstenberolichheit, ist nur ein Schritt. Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volksvermögens als Wargelb bezahlt werden. Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu leiden haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher auf seine geduldigen Schultern nehmen.

Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Habsucht der deutschen Fürsten steht in umgekehrtem Verhältnis zu den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben. Die Elendsjahre seit dem 1. Januar 1918 sind die bitteren Folgen jener verhassten Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und die monarchistische Gefolgschaft gewesen sind. Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die Habgier der Fürsten wie gegen die Dutzendpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des Volksentscheides am 20. Juni.

Volksentscheid am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: Das einstimmige „Ja“ der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten. Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

**Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker.
Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde.
Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht
des neuen Staates bestimmen.**

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner Freier Angestelltenbund.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.**

Wirtschaftsleute und Gewerkschaften.

Am 7. Juni tritt der durch das Gesetz vom 15. April 1926 angeordnete, von der Regierung und den in Frage kommenden Körperschaften berufene Ausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das Arbeitsgebiet dieses Ausschusses ist die Untersuchung der Erzeugungs- und Verteilungsbedingungen der deutschen Wirtschaft. Ein großes und eine gewaltige Aufgabe, die hier einem engeren Kreis von rund 30 Personen zu bewältigen überlassen ist. Die Gewerkschaften werden die Arbeiten des Ausschusses mit dem größten Interesse verfolgen. Ist ihr ureigenster Boden, der hier von Sachleuten einer sorgfältigen und genauen Untersuchung unterzogen werden soll. Das gesamte Programm des Ausschusses ist für den gewerkschaftlichen Kampf sehr wichtig. Uebrigens ist es bereits vorgeesehen, daß die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung eine besondere Berücksichtigung finden soll. Bestimmte Teile der Industrie, vor allen jene

aus dem Bereiche der Zechen und Hütten, hatten mit allen Mitteln versucht, diese „Durchleuchtung“ der deutschen Wirtschaft von „Unberufenen“ zu verhindern; dennoch siegte hier die Vernunft, nicht zuletzt nach dem Drängen unserer Vertreter in den Parlamenten.

In der deutschen Wirtschaft gibt es keine Beispiele, wo ein Maßstab für die Bedeutung und Auswirkung einer solchen umfassenden Wirtschaftsenquête anzulegen wäre. Die kontraktatorischen Verhandlungen über deutsche Kartelle in den Jahren 1902 bis 1925, umfassen nur ein Teilproblem der deutschen Wirtschaft, und dennoch ist das Ergebnis derselben zu fünf hicken Bänden in Begleitformat angeschwollen. Andere Länder, vor allem England und Amerika, sind in dieser Beziehung bedeutend weiter. Dort wurde die „Durchleuchtung“ der Wirtschaft zu verschiedenen Malen vorgenommen. Hierbei mag daran erinnert werden, daß der deutsche Reichstag erst seit der Umwälzung ein Enqueterecht hat, während die englischen Parlamente ein solches seit langem besaßen und zu handhaben wußten. Neben den Parlamentsausschüssen,

den sogenannten Select Committees, ist in England des öfteren ein Enquete-Ausschuss in Funktion getreten, der von der Regierung ernannt war und unter dem Namen „Royal Commission“ bekanntgeworden ist. Der deutsche Ausschuss, wie er jetzt in Tätigkeit treten soll, dürfte mit dieser Royal Commission einige verwandte Züge haben.

Der deutsche Ausschuss wird auf Grund der Gesetzesbestimmungen vom 15. April 1926 von der Reichsregierung ernannt. Die Regierung hat das Recht, ihrerseits 9 Mitglieder zu bestimmen. Der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat bestimmen die gleiche Zahl, außerdem kann dann der Ausschuss 6 Mitglieder der Regierung zur Berufung vorschlagen. Die Mitglieder des Ausschusses besitzen die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die Reichsregierung bestimmt den Vorsitzenden des Ausschusses, nachdem sie sich mit diesem ins Benehmen gesetzt hat. Der Vorsitzende ist Nichtmitglied des Ausschusses und Beauftragter und nicht Vertreter der Regierung. Stimmrecht steht dem Vorsitzenden nicht zu. Aber im übrigen verfügt er über ganz einschneidende Befugnisse. Für jeden Staatsbürger besteht die Verpflichtung, ein Gutachten zu erstatten und Aussagen zu machen, die der Ausschuss für erforderlich hält. Der Vorsitzende hat das ausschließliche und nicht übertragbare Recht, die Auskunft- und Gutachtenpflicht zwangsweise durchzuführen. Wegen Nichterschelnens, Nichterstattung von Gutachten oder bei einer hierbei eintretenden Unpünktlichkeit kann der Vorsitzende eine zweimalige Geldstrafe bis zu 2000 M verhängen. Das dem Vorsitzenden innewohnende Recht der eidlichen Vernehmung kann er auch auf andere Mitglieder des Ausschusses übertragen. Geschäftsordnung und Arbeitsplan des Ausschusses wird von diesem selbst im Benehmen mit der Reichsregierung festgesetzt.

Dies in kurzen Worten die Rechte und die allgemeinen Bestimmungen des Ausschusses. Man kann ermessen, welche außergewöhnlichen Befugnisse dem Vorsitzenden in die Hand gegeben sind. Aus diesem Grunde ist es lebhaft zu wünschen, daß der Vorsitzende nicht etwa den Interessentenkreisen entnommen wird. Auch dürfte eine starke politische Orientierung dieser kommenden Person, namentlich nach rechts, unerwünscht sein. Als Vertreter der Reichstagsfraktion fungieren die Genossen Dr. Hilferding und Dr. Baade (Stellvertreter Robert Schmidt und Dr. Kapfahl). Als Vertreter der Gewerkschaften sind berufen: Wilhelm Eggert, Sekretär des ADGB, Fritz Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes (Vertreter: E. Schweizer, Dutab, und Hermann Jädel, Textilarbeiterverband). Die Genossenschaften vertritt Hugo Wäfflein, Hamburg.

Die Aufgaben des Ausschusses sind sehr groß. Deutschland hat differenziertes Wirtschaftsleben, das auf eine jahrhundertlange Entwicklung zurückblicken kann. Trotz aller Einrichtungen des Statistischen Reichsamtes und anderer öffentlicher und privater Organe war es nicht immer möglich, ein objektives Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen zu gewinnen. Die Betriebs- und Gewerbebegehungen vom Jahre 1882 und 1907 bilden noch heute die Vergleichsmaßstäbe der einzelnen Berufs- und Gewerbegruppen zueinander. Die Resultate der vorjährigen Betriebs- und Berufsbegehungen sind noch nicht publiziert. Und wenn sie erscheinen, dann bieten sie lediglich ein oberflächliches Gesamtbild. Es fehlt aber immer noch an einer Durchdringung des Ganzen, an einer Entschleierung der verwinkelten Verhältnisse, und dazu kann der Ausschuss beitragen. Er müßte einsehen mit der spezifischen Untersuchung der großen Wirtschaftsggebiete in allen Schattierungen: Groß-, Mittel-, und Kleinindustrie, Groß- und Kleinhandel, Landwirtschaft, Banken, Verkehrsgewerbe, Handwerk usw.

Von nicht zu unterschätzendem Werte wird es sein, die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige für die deutsche Volkswirtschaft kennenzulernen. Die Rohstoffindustrien und die Landwirtschaft werden heute vielfach als die wichtigsten Gewerbebegehungen betrachtet, wofür auch der überragende politische Einfluß spricht, den diese auszuüben vermögen. Trotzdem liegt der Schwerpunkt der deutschen Volkswirtschaft in der verarbeitenden Industrie; hier werden die großen

Menschenmassen beschäftigt. Der Ausschuss hätte dies auf Grund genauer Untersuchungen festzustellen. Nicht minder wichtig ist das Verhältnis der Banken zur Industrie.

Eine gewaltige Arbeit also, die der Ausschuss hier vorfindet. Natürlich können nicht alle Fragen in ihrer ganzen Totalität beantwortet werden, dazu würden vielleicht nicht Jahre, sondern Jahrzehnte notwendig sein.

Die Gewerkschaften sehen den Resultaten der deutschen Wirtschaftsenquete mit voller Aufmerksamkeit entgegen. Was hier geschaffen wird, hat Bedeutung für alle Zukunft.

Wer leidet Not?

Die deutschen Fürsten besitzen ein ungeheures Vermögen. Außerdem erhalten sie von der deutschen Republik:

Table with 3 columns: Name, jährlich M., täglich M. Lists Wilhelm II. in Doorn, Der Großherzog von Mecklenburg, etc.

Es beziehen weiter Rente:

Table with 3 columns: Name, jährlich M., täglich M. Lists Die Königschwitwe von Württemberg, Die Bettimer, etc.

Auf der gleichen Höhe bewegen sich die Bezüge der andern ehemaligen Fürsten. Sie erhalten diese gewaltigen Summen, ohne jemals einen Handreich nützliche Arbeit verrichtet zu haben.

Table with 2 columns: Asset type, Wert. Lists Land- und Forstbesitz im Werte von, Schlösser, etc.

Würden den Fürsten ihre Forderungen bewilligt, eine ganze Armee deutscher Arbeiter hätte ständig nur für die fürstlichen Nachbarn zu fronen. Wir meinen, die Fürsten hätten nun lange genug am Marke des Volkes gejoget.

Sozialisten oder Einheitsbeiträge in der Arbeitslosenversicherung?

Für die kommende Arbeitslosenversicherung sieht der Regierungsentwurf die Staffelung der Unterstufungsätze nach Lohnklassen vor. Wie der Beitrag in Prozentteilen des Lohnes entrichtet wird, soll auch die Versicherungsleistung nach der Lohnhöhe differenziert sein.

Sicherlich läßt sich über die Frage, ob die Versicherungsleistung an den Erwerbslosen differenzieren soll nach der früheren Lohnhöhe oder ob sie nach Einheitsätzen durchgeführt werden soll, streiten.

In Deutschland hat eine solche Gleichheit nie bestanden. Von vornherein wurde die Unterstufung gegliedert nach Ortsklassen, das heißt nach der unterschiedlichen Höhe der Lebenshaltungskosten am Orte.

Dieses veranlaßte uns, die nach Lohnklassen gestaffelte Unterstufung zu fordern, um so mehr, als bei der Beitragshebung dieses Prinzip angewandt wird.

Zunächst wäre an sich rein technisch eine Zwischenlösung erwünscht. Diese Form der Unterstufung, Berechnung sowie Feststellung der Lohnhöhe und anderer mehr, ist sehr viel komplizierter als die heutige Form.

marktes mit den fast 2 Millionen Unterstufen. Stellung durchzuführen, und weiter die 2,1 Mill. einer Neuordnung der Unterstufungsätze bedürftig.

Sehr viel einfacher ist natürlich der zweite Einheitsbeitrag, daß zahlreiche Bezüge gegenüber dem jetzigen stand geschädigt würden. Hierfür entschuldigend ist, was angestrebte Prinzip durchgeführt wird.

Table with 3 columns: Gruppe, Beitrag, Berechnung mit 2 Kindern. Shows Vorschlag der Regierung and Vorschlag des Beirates.

Augenblicklicher Stand: je nach Ortsklasse (Schaffungsgebiet) a) in den ersten acht Wochen: Ledige bis 21, 9 bis 6,30, 9 bis 14,05, 12,25 bis 19,10, 15,30

Es sind hier mit Gleich nur die drei unteren günstigen Stufen gewählt. Die nächste Stufe Wochenverdienst von 24 bis 30 M und einem U von 27 M würde nach dem Regierungsvorschlag dem Ledigen 10,80 M, dem Ehepaar 12,15 M, bei 14,65 M und als Höchstbeitrag 17,55 M.

21.00 A. Seit man den letzten Vorschlag aus... für alle Gruppen... Besten... Die weiteren Verhandlungen...

tritt haben. Die Beschlüsse stehen fest zum Reichstagsvertrag... zweiseitige oder dreiseitige Verständigung... Jede Verständigung...

Sur Fürstenernteignung!

Im Jahre 1910 erhielten die deutschen Fürsten vom deutschen Volk als Jahreseinkommen 39811677 M. Der Präsident des unendlich reichen Nordamerika...

Darum kommt alle am 20. Juni für die entschuldigungslose Fürstenernteignung!

Weiter war mit einem Streit befestigt. Die Kollegen und die Einwohner von Cronberg bedauern lebhaft den tragischen Tod dieses beliebten Kollegen.

Aus unserm Beruf

Im Malergewerbe besteht seit 1910 fürs ganze Reich ein Reichstarifvertrag. Alle seitherigen Verträge und Schiedsprüche zum Manteltarif und Lohn...

sehen, das dann die bereits bekannten Schiedsprüche... Wenn auch unsere Kollegen mit den Ergebnissen der Schieds...

Gewerkschaftliches

Der 24. Verbandstag der Zimmerer wurde vom 16. bis 21. Mai in Dresden abgehalten. Außer den 161 Delegierten waren Vertreter erschienen vom ADGB...

Über die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe referierte Gde. Trotz vielfacher Angriffe des Unternehmertums sei der Achtstundentag im großen...

Über den Bauarbeiterstreik referierte Genosse Sachz.

Der gegenwärtig von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzesentwurf sei schlecht. Die Gewerkschaften mühten alle Kraft auszubieten...

Gotha. Am Sonntag, 16. Mai, fand hier im Volkshaus die Filialkonferenz unserer Filiale statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht; 2. Tarif- und Organisationsfragen; 3. Neuwahl des Angeordneten...

Schönfelder. Er rechtfertigte die Haltung der Zimmereindelegierten... Man habe dem Anschlag an die Industriebünde...

Zur Wahl des Zentralvorstandes wurden vorgeschlagen: 1. Vorsitzender Wolgast, 2. Vorsitzender Kelzer...

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltete während der Pfingstfeiertage in vielen Teilen des Reiches...

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg 5...

Sozialpolitisches

Mehr zollfreies Gefrierfleisch nach Deutschland. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund...

Nach dem Wortlaut des Gesetzes über Zolländerungen ist Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr...

Nach den bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkte völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle...

Vom Ausland

Bauhandwerkerstreik in Zürich. Dieser Streik bildet die Fortsetzung des Zimmereinstreiks, der bereits 3 Monate dauert...

Weltwanderungskongress des IGB. und der SAI. Der infolge des Generalstreiks in England vertagte Weltwanderungskongress des IGB...

Verchiedenes

Größere Mädchensterblichkeit. Im jugendlichen Alter ist nach der 'Frauenstimme' - 'Vorwärts' die Sterblichkeit der Mädchen größer als die der Knaben...

Fachliteratur

Der Ladierec. Zeitschrift für die in Ladierecibetrieben beschäftigten Berufskollegen. Die Juninummer dieser einmal monatlich erscheinenden Zeitschrift...

Literarisches

Callista und Wilhelm II. War das ein Leben in unserm Reichsstadion zu Berlin, als 1894 die Callista-Broschüre erschien und zur Verteilung kam...

Edvard Gellman legt in eindringlicher Weise dar, dass der Kapitalismus nicht theoretisch... rational abweisbar ist...

Die Arbeiterzeitung. Seit 1918 für sozialistische Arbeiter... mit Beilage 'Arbeiterbildung'...

Ein wichtiger sozialistischer Vortrag. Am 19. Mai 1924... Dittmann in Berlin...

Die Arbeiterzeitung. Seit 1918 für sozialistische Arbeiter... mit Beilage 'Arbeiterbildung'...

Die Arbeiterzeitung. Seit 1918 für sozialistische Arbeiter... mit Beilage 'Arbeiterbildung'...

Sterbefälle

Frankfurt a. M. Am 13. Mai verstarb nach kurzem schweren Leiden unser treuer Kollege...

Vom 6. bis 12. Juni ist die 23. Beitragswoche

Berechnung

Bericht der Hauptkasse für Monat Mai. Eingesandt haben: Altenburg 380 M., Aschaffenburg 200 M., Bamberg 500 M., Berlin 1000 M., Bielefeld 100 M., Braunschweig 600 M., Bremen 2000 M., Breslau 2000 M., Celle 350 M., Chemnitz 300 M., Coblenz 300 M., Cottbus 300 M., Erfeld 300 M., Döbeln 400 M., Dresden 6250 M., Eisenach 250 M., Ebersfeld 800 M., 500 M., Essen 1000 M., Finsterwalde 300 M., Flensburg 500 M., Frankfurt a. M. 5000 M., Frankfurt a. O. 500 M., Freiburg 1000 M., Göttingen 440 M., Graßwald 85 M., Güstrow 280,50 M., Halle 1000 M., Hamburg 11 000 M., Hannover 450 M., Heidelberg 200 M., Hof 220 M., Jena 800 M., Kassel 120 M., Paderborn 2750 M., Rastatt 250 M., Regensburg 200 M., Reichenbach 200 M., Saarlouis 200 M., Seesen 300 M., Sigmaringen 115 M., Sondershausen 250 M., Suhl 200 M., Tübingen 150 M., Ulm 150 M., Weimar 200 M., Weissenhof 85 M., Wiesbaden 60 M., Wismar 4800 M., Wolfenbüttel 150 M., Würzburg 800 M., Zwickau 250 M.